



# Pressemitteilung

Bonn, 23. November 2006  
Seite 1 von 2

HAUSANSCHRIFT  
Tulpenfeld 4  
53113 Bonn

TEL +49 (0) 228 14-9921  
FAX +49 (0) 228 14-8975

[pressestelle@bnetza.de](mailto:pressestelle@bnetza.de)  
[www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)

## Widerspruch gegen neu gefasste Benutzungsbedingungen

**Kurth: „Klare und transparente Regeln fördern den Wettbewerb“**

Die Bundesnetzagentur widerspricht mit zwei Entscheidungen vom 20. November 2006 der Neufassung der Schienennetz-Benutzungsbedingungen (SNB) und der Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen (NBS) der DB Netz AG. Sie verpflichtet die DB Netz AG, die beanstandeten Klauseln vor dem 10. Dezember 2006 anzupassen, damit die rechtskonforme Neufassung am 10. April 2007, dem gesetzlich vorgesehenen Termin, in Kraft treten kann.

„Mit diesen Entscheidungen treiben wir die diskriminierungsfreie Öffnung des Schienennetzes für mehr Wettbewerb im Eisenbahnbereich weiter voran. Eine zügige Anpassung soll insbesondere Rechts- und Planungssicherheit für alle Netznutzer bringen und Beschwerden der Wettbewerber der DB AG durch klare und transparente Regeln vorbeugen. Schließlich wollen wir auch den Gefahren der Diskriminierung und Benachteiligung von vornherein die Grundlage entziehen“, sagte der Präsident der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth. Den Entscheidungen war eine ausführliche Anhörung der Beteiligten vorangegangen.

Die Vorabprüfung der SNB ergab, dass zahlreiche Bestimmungen der beabsichtigten Neufassung der SNB nicht mit den rechtlichen Vorgaben vereinbar sind. In diesem Zusammenhang hat die Bundesnetzagentur insbesondere beanstandet, dass der Güterverkehr auf ausgesuchten Neubaustrecken insgesamt ausgeschlossen wird.

Der DB Netz AG wurde außerdem untersagt, unterjährig den vertraglich vereinbarten Zustand der Infrastruktur zu ändern und sich dabei von jeglichen Ersatzansprüchen frei zu zeichnen. Davon ausgenommen sind sicherheitstechnisch unumgängliche Veränderungen und Anpassungen.

Hinsichtlich der Beschreibung der Netz-Infrastruktur der DB Netz AG konnte die Bundesnetzagentur in den SNB erhebliche Fortschritte gegenüber dem Vorjahr erkennen. Sie ordnet aber weitere Konkretisierungen zur Förderung des Wettbewerbs an.



Bonn, 23. November 2006

Seite 2 von 2

In den NBS fehlen wesentliche Regelungen, die dort zwingend festzuschreiben sind: So mangelt es an einer klaren Einteilung der Serviceeinrichtungen in die vom Gesetz vorgeschriebenen Kategorien. Hierzu zählt auch die für den Güterverkehr wichtige ausführliche Infrastrukturbeschreibung der Ladestraßen und -rampen, für die ebenfalls ein sachgerechtes Entgeltsystem fehlt.

Wie auch in einem vorausgegangenem Widerspruch gegen die Neufassung von Nutzungsbedingungen für Personenbahnhöfe, hat die Bundesnetzagentur bei den SNB und NBS beanstandet, dass die DB Netz AG Schadensersatzansprüche ihrer Kunden bei

Nutzungsbeeinträchtigungen durch selbstveranlasste Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen in Gänze ausschließt und sich einseitige Leistungsänderungsrechte vorbehält.

Zudem verpflichtet die Bundesnetzagentur die DB Netz AG im SNB-Verfahren zu einer kundenorientierten Fortentwicklung ihres Anreizsystems. Sie erwartet eine vollständige Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben sowie eine deutliche Senkung des administrativen Aufwands auf Seiten der Wettbewerber. In dem NBS-Verfahren wurde der DB Netz AG aufgegeben, ein umfassendes Anreizsystem bis März 2007 auszuarbeiten. Dieses ist bis zum 10. April 2007 zu veröffentlichen und in Kraft zu setzen.

Gleichzeitig hat die Bundesnetzagentur in beiden Entscheidungen eine umfassende rechtliche Prüfung des jeweiligen Entgeltsystems angekündigt.

Nach den Vorgaben des Allgemeinen Eisenbahngesetzes und der Eisenbahninfrastruktur-Benutzungsverordnung müssen sowohl Betreiber von Schienenwegen als auch von Serviceeinrichtungen Nutzungsbedingungen für den Zugang zu ihrer Eisenbahninfrastruktur erstellen und veröffentlichen. Ein beabsichtigter Entwurf von Neufassungen oder Änderungen der Nutzungsbedingungen ist zunächst den Eisenbahnverkehrsunternehmen und sonstigen Zugangsberechtigten zur Stellungnahme bekannt zu geben. Anschließend ist der - aufgrund der Stellungnahmen ggf. geänderte - Entwurf der Bundesnetzagentur zur Vorabprüfung mitzuteilen. Die Bundesnetzagentur kann vorab Änderungen der Nutzungsbedingungen fordern.